

Berliner Wirtschaft

Mehr Geld für die Beschäftigten

Durchschnittlicher Berliner Lohn stieg auf 3 100 Euro

Gute Nachrichten für die Beschäftigten in Berlin und Brandenburg gab es am Montag vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. In der Hauptstadt wurde 2015 erneut mehr Geld verdient als im Vorjahr. Das durchschnittliche Monatseinkommen stieg um 2,1 Prozent auf rund 3 100 Euro brutto, wie das Amt mitteilte.

Das größte Plus – sieben Prozent – konnten ungelernete Vollzeitbeschäftigte verzeichnen. Wie sehr dieser Anstieg mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zusammenhänge, sei anhand der Daten aber nicht festzustellen, betont die Statistiker. Da die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr um 0,1 Prozent sanken, blieb den Beschäftigten insgesamt mehr Geld übrig. 2014 waren die Löhne und Gehälter bereits um 1,8 Prozent gestiegen.

Brandenburgs Arbeitnehmer bekamen ebenfalls mehr Geld: 2015 stiegen die Bruttoviertelnetto im Schnitt um 2,5 Prozent, wie das Amt für Statistik verkündete. Auch in diesem Bundesland sei das Plus für geringqualifizierte besonders hoch ausgefallen. Ungelernte Beschäftigte in Vollzeit etwa verdienten 10,1 Prozent mehr als 2014. Auch hier können die Statistiker nicht sagen, wie sehr diese Entwicklung mit der Einführung des Mindestlohns zusammenhängt.

Auch inflationsbereinigt haben die Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung – die Verbraucherpreise sind den Angaben nach im gleichen Zeitraum nur um 0,1 Prozent gestiegen. Für Industrie-Beschäftigte fiel das Lohn-Plus mit 5,7 Prozent höher aus als im Dienstleistungsbereich (plus 1,5 Prozent). 2014 waren die Verdienste in Brandenburg lediglich um 1,9 Prozent gestiegen. (dpa)

SERVICE

VERKEHR

S-Bahn: S5: Bis 29. April, 1.30 Uhr: Fredersdorf – Hoppegarten Ersatzverkehr mit Bussen.
S2, S8: In den Nächten bis 14./15. April, jeweils 22–1.30 Uhr: Blankenburg – Bernau Ersatzverkehr mit Bussen.

Regionalverkehr: RE1: Bis zum 18. Mai 2016 fahren die Züge, jeweils montags bis freitags in der Zeit von 23 Uhr bis 2 Uhr, nicht zwischen Ostbahnhof und Erkner bzw. Fürstenwalde. Reisende nutzen die S-Bahn mit Umstiegen in Ostkreuz. Zwischen Erkner und Fürstenwalde fährt ein Ersatzverkehr mit Bussen.

RE14: Bis zum 25.04.2016, 4.45 Uhr, wird die Linie zwischen Berlin-Charlottenburg und Berlin-Schönefeld über Jungfernheide, Gesundbrunnen und Lichtenberg (zusätzliche Halte) umgeleitet. Die planmäßigen Halte entfallen.

RB24: Die Linie fährt bis Freitag, jeweils in der Zeit von 4.30 Uhr bis 22.45 Uhr, nicht zwischen Bernau und Lichtenberg. Ein Ersatzverkehr mit Bussen ist eingerichtet.

Aktuelle Stauwarnungen im Internet unter: www.viz.berlin.de

LOTTO-QUOTEN

Lotto: 1-4-38-39-46-47, Sz.2

QUOTEN

Klasse 1: unbesetzt
Jackpot: ca. 9 Millionen Euro
Klasse 2: 3 x 599 822,90 Euro
Klasse 3: 37 x 24 317,10 Euro
Klasse 4: 431 x 6 262,60 Euro
Klasse 5: 2 700 x 333,20 Euro
Klasse 6: 25 962 x 69,30 Euro
Klasse 7: 62 219 x 28,90 Euro
Klasse 8: 591 681 x 13,60 Euro
Klasse 9: 561 750 x 5,00 Euro

Alle Angaben ohne Gewähr!

NOTRUF

Polizei: 110
Feuerwehr: 112
einheitliche Behördenrufnummer: 115
Bürgertelefon der Polizei: 46 64 46 64

Kassenärztl. Bereitschaftsdienst: 31 00 31
Zahnärztl. Notdienst: 89 00 43 33
Tierärztl. Notdienst: 0800-6688437
Giftnotruf: 192 40
Apothekennotdienst: 0800-002 28 33
Telefon-Auskunft: 11833
Telefonseelsorge: 0800-111 01 11 und 0800-111 02 22 (kirchlich)
Kindernotdienst: 61 00 61
Jugendnotdienst: 61 00 62
Berliner Krisendienst: 390 63 10 (20,30 bis 90)
Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen: 216 88 88
Opfer-Hilfe: 395 28 67
Aids-Hilfe: 194 11
Schwulen-Hilfe: 194 46
Drogennotruf: 192 37
Anonyme Alkoholiker: 192 95

„Ich verstehe, wenn Patienten sauer sind“

Apothekerin Kerstin Kemmritz reagiert auf Kritik – und erzählt von den Schwierigkeiten der Branche

VON KARIN STEMMLER

Manche Texte erzeugen ein verblüffendes Echo. So das Stadtbild „Badesalz statt Blutdrucksenker“. In der kleinen Alltagsbeobachtung, die jeden Tag unseren Lokalteil eröffnet, ging es am 23. März um den in Apotheken oft gehörten Satz: „Darf ich Ihnen das bestellen?“

Leser amüsierten sich und bestätigten die Beobachtung, dass ihre ganz normale Arznei häufig nicht vorrätig ist. Barbara Bergedorf aus Pankow schrieb gar: „Auch vermeide ich es, mit den Enkelkindern in die Apotheke zu gehen, weil die immer etwas finden, was sie dringend haben müssen: Gummibärchen, Vitaminbonbons, Sprudelkugeln zum Baden (natürlich teurer als bei Rossmann oder dm).“

Stich ins Wespennest

Ganz und gar nicht amüsiert reagierten viele Apotheker. Sie fühlten sich zu Unrecht an den Pranger gestellt und bescheinigten der Verfasserin „null Ahnung von Apotheken“. Kerstin Kemmritz, Inhaberin der Falken-Apotheke in Weißensee, blieb freundlich in ihrer Mail: „Sie haben quasi in ein Wespennest gestochen. Jede Menge Kommentare von traurigen, beleidigten, frustrierten, dünnhäutig gewordenen Kollegen belegen, dass Sie eine Situation beschrieben haben, auf die wir als Berufsstand alles andere als stolz sind, die aber leider traurige Realität ist, und deren Ursachen in der Öffentlichkeit (und auch in der Politik) mehr oder weniger unbekannt sind.“

Unbekannt? Das macht neugierig. So stehen wir uns denn in der Apotheke von Kerstin Kemmritz, Buschallee 88, gegenüber. Die 50-jährige Apothekerin strahlt übers ganze Gesicht, wenn sie von ihrem Beruf erzählt. Ihr gefällt daran die Mischung aus Naturwissenschaft und sozialer Komponente. Sie berät gern, freut sich, wenn sie für jemanden das Richtige gefunden hat, liebt das Labor und die Herstellung der Rezepturen, das Wiegen feinsten Mengen und Mischen von Salben: „Das macht Spaß, dafür habe ich studiert und mein Staatsexamen abgelegt. Traurig nur, dass das nicht entsprechend honoriert wird.“ An einem Töpfchen Salbe, was samt Prüfen sowie Auswiegen der Zutaten und Dokumentation 30 bis 60 Minuten dauert, verdient sie gerade einmal fünf Euro.

Gern würde sie viel mehr von ihrem Wissen in den Arbeitsalltag einfließen lassen und nicht viel zu oft „im Computer versinken“, wie sie es nennt. Stattdessen muss sie sich mit Rabattverträgen und ständig neuen Anweisungen, wie ein korrektes Rezept auszusehen hat, herumschlagen. „Ich verstehe, wenn Patienten sauer sind, weil wir – mit dem Rezept in der Hand – minutenlang auf den Bildschirm starren, statt ihnen schnell die richtige Tablettenschachtel über den Tisch zu schieben und passende Einnahmehinweise zu geben“, sagt Kerstin Kemmritz, „aber wir müssen uns extrem konzentrieren, um keinen Fehler zu machen.“

Jede der 118 Krankenkassen in Deutschland hat eine eigene neunstellige Kennzahl. Und jede gesetzliche Krankenkasse hat ihre eigenen Lieferverträge mit bestimmten Arzneimittelherstellern, sogenannte Rabattverträge, die den Apotheker verpflichten, nur von diesem Hersteller Medikamente abzugeben. Diese Rabattverträge werden alle zwei Jahre für ein Medikament neu verhandelt. Es kommt nicht oft vor, dass der neue auch der alte Rabattpartner ist, erzählt die Apothekerin.

Die 118 Kassen verhandeln zu unterschiedlichen Zeiten, jede für sich und Wirkstoff für Wirkstoff. Es gibt also keinen Stichtag, auf den sich die Apotheker einstellen könnten. Mit anderen Worten: Wenn der Apotheker einmal auf seinem Bildschirm in der Spalte verrutscht oder einen Zahlendreher eintippt, programmiert er für dieses Rezept einen Totalverlust auf seinem eigenen Konto, weil die Kasse dieses Rezept nicht erstatten muss.

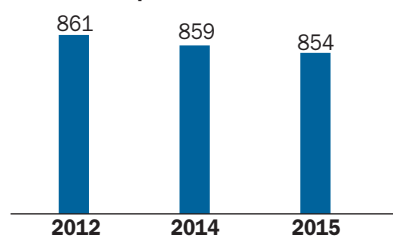
Wenn eine große Kasse den Hersteller für ein weit verbreitetes Medikament wechselt, weil ein anderer Hersteller den früheren unterbietet, kann es passieren, dass der Apotheker seinen Warenbestand, den er angelegt hat, quasi wegwerfen kann. Denn Apotheker kaufen die Medikamente beim Großhandel und gehen somit in Vorkasse. Das



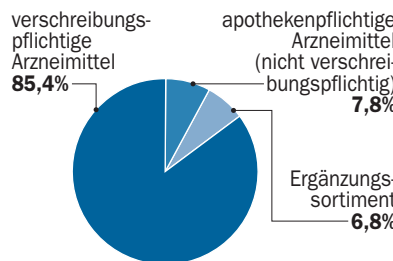
BERLINER ZEITUNG/PAULUS PONIZAK

Kerstin Kemmritz liebt ihren Beruf. Ihre Apotheke führt sie seit 21 Jahren.

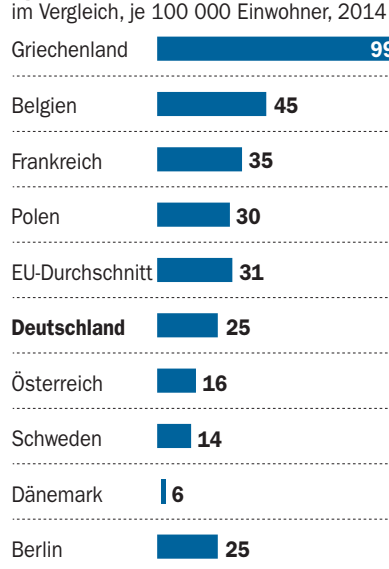
Öffentliche Apotheken in Berlin 2015



Apothekenumsatz in Deutschland in Prozent 2014



Apothekendichte im Vergleich, je 100 000 Einwohner, 2014



BLZ/GALANTY (3); QUELLE: ABDA

RABATT

Bei einem Rabattvertrag sagt ein Pharmahersteller einer Krankenkasse zu, dass er für ein Medikament oder auch ein ganzes Sortiment einen Rabatt auf den bundesweit einheitlichen Apothekenverkaufspreis gewährt. Die Krankenkasse wiederum sagt dem Hersteller zu, dass alle ihre Versicherten im Normalfall künftig nur dessen Präparate erhalten.

Rabattarzneimittel haben seit 2007 absoluten Vorrang vor anderen wirkstoffgleichen Präparaten. Vorher hatte der Apotheker wesentlich mehr Spielräume.

Nur in wenigen begründeten Einzelfällen kann die Apotheke noch einen Austausch vornehmen, z. B. wenn aus Sicht des Apothekers pharmazeutische Bedenken bestehen. Daran sind entsprechende Dokumentationspflichten geknüpft. Weitere Ausnahmen bestehen in dringenden Fällen, wenn umgehend eine Versorgung erfolgen muss und das Arzneimittel erst von der Apotheke bestellt werden müsste. Der Apotheker kann aber nicht sicher sein, dass die Krankenkasse seine Begründung akzeptiert. Ein reguläres Einspruchsrecht hat er nicht.

Auf Wunsch des Patienten kann die Apotheke seit 2011 das Arzneimittel eines anderen Herstellers abgeben als dasjenige, das er nach den geltenden Bestimmungen erhalten würde. Dazu muss der Patient in der Apotheke den vollen Apothekenverkaufspreis des Arzneimittels bezahlen. Die Krankenkasse erstattet dann nach Einreichung durch den Patient die Kosten, jedoch nicht in voller Höhe. Die Höhe der Abschläge kennt die Apotheke nicht.

sind mitunter riesige Verluste, die das Finanzamt nicht als Verluste anerkennt, weil die Medikamente ja noch ein paar Jahre haltbar sind. Nur, dass sie keiner mehr abgeben darf ... Aber selbst wenn dieser schlimmste aller Fälle nicht eintritt, ist es nicht möglich, für 118 verschiedene Kassen alle Medikamente, die sie bevorzugen, am Lager zu haben. Also muss nachbestellt werden, und der Patient muss zwei Mal kommen.

Für das Gesundheitssystem insgesamt ist es gut, wenn durch die Rabattverträge jedes Jahr rund drei Milliarden Euro an Ausgaben der Krankenkassen eingespart werden können. Das sieht auch Kemmritz so. Apotheker fühlen sich allerdings durch die Kassen bevormundet, wenn sie ausnahmsweise und aus guten Gründen einmal ein anderes, wirkstoffgleiches Medikament abgeben. „Wozu haben wir studiert, wenn uns jetzt nicht zutraut wird, eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen?“, fragt sich Kemmritz.

Neben den Lücken im Lager der einzelnen Apotheke, die durch Arzneimittelboten in Berlin innerhalb von wenigen Stunden aufgefüllt werden können, gibt es gar nicht so selten echte Engpässe, die zu länger andauernden Lieferschwierigkeiten führen. Und zwar dann, wenn Pharmaproduzenten eine große Ausschreibung gewonnen haben und ihre Produktion von null auf hundert hochfahren. Dass es dabei zu Problemen, auch mit der Qualität der Ware, kommen kann, ist nur natürlich. Zumal immer mehr Medikamente in Indien, Brasilien oder Israel hergestellt werden. „Durch die Rabattverträge sind viele Mittelständler in Deutschland unter den Pharmaproduzenten schon weg vom Markt“, erklärt Kemmritz, „denn wer seinen Rabattvertrag nicht verlängert bekommt, wird sein Medikament nur noch bei den Patienten der Privatkassen los.“

Der Stempel muss komplett sein

Fast noch mehr ärgern sich die Apotheker über Bürokratie und Bevormundung durch die Kassen. So gibt es beispielsweise seit Anfang dieses Jahres die Anweisung, dass der Arztstempel auf dem Rezept den Vornamen des Arztes enthalten muss. Verwendet ein Arzt seinen alten Stempel ohne Vornamen, und der Apotheker übersieht das, kann die Krankenkasse das Rezept für ungültig erklären und das Medikament, das der Patient erhalten und der Apotheker vorfinanziert hat, nicht erstatten. „Retaxation“ nennt sich dieser Vorgang, der Apotheker zur Verzweiflung bringt, denn selber ergänzen dürfen sie den Vornamen auf dem Rezept nicht.

Übersehen sie auch nur eine kleine Formalie auf dem Rezept, zu dessen Prüfung sie verpflichtet sind, verlieren sie nicht nur ihren „Arbeitslohn“ (pro Packung 6,86 Euro, unabhängig vom Preis des Medikaments), sondern auch das Geld, das sie beim Einkauf der Ware gezahlt haben. „Wenn so ein Problem bei einer partnerschaftlich agierenden Kasse wie der AOK passiert, kann man das oft noch im Nachhinein klären“, berichtet Kemmritz. Aber es gibt auch Kassen, als Beispiel nennt sie die DAK, die es darauf anlegen, Formfehler zu erkennen, weil sie damit Kosten einsparen können.

Kerstin Kemmritz ist nicht prinzipiell gegen Rabattverträge. Bei 70 bis 80 Prozent der Medikamente haben sie ihre Berechtigung und bringen echte Ersparnis. Bei den restlichen 20 bis 30 Prozent wünscht sie sich mehr Handlungsfreiheit für die Apotheker. Zugunsten der Patienten, damit sie nicht zwei Mal in die Apotheke laufen müssen.

„Apotheker wollen helfen und dafür geliebt und geachtet werden“, beschreibt Kerstin Kemmritz ihren Berufsstand. Die Branche ist zu 75 Prozent weiblich. Apotheker streiten nicht gern und fallen auch nicht gerne unangenehm auf. Das muss sich jedoch ändern, meint Kemmritz, und hat sich jetzt mit einigen Kollegen bundesweit zusammengeschlossen und im März die Webseite www.ohne-apothekerfehl-dir-was.de gestartet. Dort erzählen sie – durchaus humorvoll – über den Alltag in Apotheken.

„Unsere Ständesvertretung müht sich zwar redlich gegen die Bürokratie, aber sie dringt in der Politik nicht durch“, resümiert Kerstin Kemmritz. „Deshalb müssen wir selbst aktiv werden.“

AM START



Die Sehnsucht nach einem leckeren Frühstücksdrink wie im zurückliegenden Thailand-Urlaub lieferte den Anstoß zur Geschäftsidee. Ein halbes Jahr und unzählige Experimente in der Berliner Küche später war das Start-up **Buah** gegründet. Das war im September vergangenen Jahres. Die Geschwister Jessica und Daniel Krauter, sie eine Wirtschaftspsychologin und er ein Wirtschaftsinformatiker, eröffneten einen Online-Shop für eigene Mischungen aus gefriergetrockneten Früchten, aus denen man sich zu Hause mit Mixer und Wasser, Milch oder Joghurt fix einen frischen Smoothie zubereiten kann. Für die Früchte haben sie sechs Lieferanten aus Europa aufgetrieben. Buah verspricht 100 Prozent Frucht, keine Zusatzstoffe. Inzwischen haben die Geschwister auch einen Investor gefunden und fünf Mitarbeiter. Im März wurden bereits mehr als 1 100 Smoothie-Mixpakete verschickt. (BLZ)

Lichtenberger Ticketschalter ist geschlossen

Reisezentrum ist bis Ende Mai nicht in Betrieb

VON PETER NEUMANN

Zu DDR-Zeiten gab es lange Warteschlangen vor den Fahrkartenschaltern. Schließlich war der Bahnhof Lichtenberg damals die wichtigste Fernbahnstation Berlins. Doch nun stehen Bahnkunden, die eine Fahrkarte für eine weite Reise erwerben wollen, vor verschlossenen Türen. Das Reisezentrum, das vor einigen Jahren ins Untergeschoss verlegt wurde, ist verwaist. Das illustriert den Bedeutungsverlust, den der Bahnhof im Osten Berlins seit zwei Jahrzehnten erlebt.

„Das Reisezentrum ist vorübergehend bis 31. Mai geschlossen, um an anderen Standorten, an denen für uns eine Präsenzverpflichtung besteht, die Qualität zu sichern“, teilte ein Sprecher der Deutschen Bahn (DB) auf Anfrage der Berliner Zeitung mit. Verkehrsverträge schreiben der DB vor, dass sie auf bestimmten Bahnhöfen in der Region Fahrkartenschalter betreiben muss. Für Lichtenberg gebe es keine Verpflichtung dieser Art, sagte er.

Vor allem ältere Bahnkunden, die sich nicht mit Automaten oder dem Internet befassen wollen, ärgern sich. „Bei uns kamen schon einige Fahrgäste vorbei und fragten, ob wir vielleicht Fahrkarten verkaufen“, sagte Frank Lammers vom Fahrgastverband IGEB. Die Geschäftsstelle befindet sich ebenfalls im Untergeschoss. Er könne ihnen nur empfehlen, zum Ostbahnhof zu fahren. Mit der zeitweisen Schließung verschlechtere sich der Bahn-Service im Osten Berlins weiter.

Das Empfangsgebäude des Bahnhofs Lichtenberg wurde 1982 in Betrieb genommen. Damals erlebte die Station eine Blüte. 1987 standen 152 Reisezüge auf dem Plan, von 175 000 Reisenden pro Tag war die Rede. Heute fahren in Lichtenberg außer S-Bahnen fast nur noch Regionalverkehrszüge ab.



BLZ/MATTHIAS GÖNTHER

Es war einmal: Ein Nachtzug hält im Bahnhof Lichtenberg.